Rede Stromkonzessionsvergabe 17.03.2011 des Herrn Stv. Werner Hesse (SPD-Fraktion)

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren,

formal ist das völlig korrekt, der Änderungsantragssteller kriegt dann als nächster das Wort, um den Änderungsantrag zu begründen. Ist halt heute so, dass es für mich sein wird mit der Frage der Stellungnahme zum gesamten Punkt und da die CDU sich entschlossen hat, den Antrag, den wir eingebracht haben, nachdem ihre Änderungswünsche mit berücksichtigt wurden, mit einzubringen, hätte jetzt genauso gut auch der Klaus Ryborsch sagen können, er will nicht als Erster hin. Aber wir brauchen uns bei der Frage glaube ich nicht zu streiten, weil die Reihenfolge beim Reden hier ist wahrscheinlich heute das Unwichtigste überhaupt.

Meine Damen und Herren,

als vor 2 Jahren die CDU hier in dem Hause den Antrag stellte, wir sollten uns mit der Frage befassen, ob denn Strom- und Gaskonzession eine wirtschaftlich von uns zu nutzende Einrichtung sein könnte, war ich völlig erstaunt. Ich habe damals schon gesagt, dieser Antrag hätte genauso gut von unseren Jungsozialisten kommen können, weil er den entscheidenden Punkt aufgegriffen hat, nämlich die Frage der kommunalen Verfügungsgewalt über energetische Einrichtungen voranzubringen und damit uns die Möglichkeit zu geben, einen zeitgemäßen Umgang mit dieser Frage zu finden.

Die Verblüffung und Übereinstimmung führte dazu, dass wir breite gemeinschaftliche Basis bei allen notwendigen Beschlüssen hatten, um das Verfahren überhaupt voranzubringen. Wir haben uns auch sehr einvernehmlich darauf verständigt, dass wir das Verfahren qualifiziert begleiten lassen wollen, nicht aus eigener inhaltlich Unorientiertheit, sondern um Formfehler zu vermeiden.

Im Herbst bekamen wir dann eine erste Information und man kann noch richtig spüren, wie die Aufbruchstimmung im Saale war, als wir miteinander die Angebote der Interessenten hörten und wie klar doch auch das war, was wir an gemeinschaftlicher Position in den Gesprächen darum entwickelten. Wir waren uns einig, wir wollten den größtmöglichen Einfluss für Stadtallendorf in dem Ganzen sichern und ich sage, wir waren uns an dem Abend auch einig, dass 51 % Beteiligung für die Stadt unverzichtbar sind.

Wir waren bereit, formal alle Dinge einzuhalten. Es war auch ganz klar der Eindruck, wie sehr wir in den zurückliegenden Jahren durch die gegebene Situation ausgenutzt wurden und wie unsere – ich nenne es mal so – Unbedarftheit bei der letzten Vergabe uns zu einer Situation geführt hat, die über 20 Jahre nicht optimal war.

An dem Tag war es auch, wo ganz eindeutig formuliert wurde, dass unser Ziel und unser Anspruch ist, das Verfahren in großer Einmütigkeit durchzuziehen und das ist einer der Punkte, von dem ich das Gefühl habe, dass die zwischendrin verloren gegangen sind.

Meine Damen und Herren, ich bekenne hier meine Schuld. Meine Schuld daran, dass ich tatsächlich an diese Zusage der Einmütigkeit geglaubt habe. Ich hätte bei meiner Erfahrung wissen müssen, dass ich misstrauisch sein sollte, ich war es aber nicht. Ich habe darauf vertraut, dass die Mitwirkung der Stadtverordneten im Prozess gewollt ist und zum gegebenen Zeitpunkt in vollem Umfang erfolgt. Bei der förmlichen Festlegung auf die Gründung einer Netzgesellschaft habe ich hier in den Beschluss einarbeiten lassen, dass die Mitwirkungsrechte der Stadtverordnetenversammlung zugesagt werden und, damit das Verfahren nicht gehemmt wird, zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt und entsprechend eingearbeitet wird. Sie sehen, ich habe die Mitwirkung der Stadtverordneten nie aus dem Blick verloren.

Dann kam die berühmte Informationsveranstaltung am 21. Februar 2011. Plötzlich war alles anders. Es wurde uns erklärt, dass jetzt alles festgelegt sei. Man habe ein Bewertungsmatrix, die an die Angebote angelegt werden würde und diese sei nicht revidierbar. Die Angebote seien die besten Final offerse, an denen nichts mehr nachgebessert werden könne.

Meine Damen und Herren, diese Aussagen trafen die SPD wie einen Donnerschlag. Mitwirkungsmöglichkeiten waren uns doch in Aussicht gestellt, ja verbindlich zugesagt wurden und nichts davon wurde noch eingehalten. Jetzt hatten wir scheinbar vollendete Tatsachen. Die Informationen wurden an dem Abend nur unvollständig gegeben wegen der genauen Regelung wurde auf Verträge verwiesen, die den Stadtverordneten nicht vorlagen. Hinsichtlich der Ergebnisse der Bewertung wurden Zahlen in den Raum gestellt, die niemand nachvollziehen konnte, die aber den Sieger schon klar bestimmten, es war die E.on Mitte.

In der Befragung wurde von den Stadtverordneten sehr mühselig und um jedes Stück Information kämpfend gefragt: Was ist überhaupt noch zu entscheiden? Wie sieht es mit dem Mittelspannungsnetz aus? Gibt es eine Risikoabschätzung? Alles Fragen, die an dem Abend offen blieben. Zugesagt wurde die Überlassung der Verträge. Die kamen dann auch, aber es waren nicht „die Verträge“, es waren die Rohlinge, in denen die relevanten Angebotsteile der beiden Bieter nicht enthalten waren.

Bleibt festzuhalten, dass wir zu diesem Zeitpunkt keine konkrete Einflussnahme der Stadtverordnetenversammlung auf Matrix und Verträge hatten!

Nun folgte die Ausschusssitzung am 08. März. Die Erörterung über den Verlauf des Entscheidungsprozesses bis dahin war sehr heftig. Wir mussten uns den Vorwurf gefallen lassen, wir hätten uns um Mitwirkung bemühen müssen. Angeblich sei ein Beirat möglich gewesen, nur erstaunlicherweise hat außer dem Menschen, der das behauptete, von diesem Vorschlag niemand gehört. Der Vorwurf, wir hätten unsere Pflicht zur Mitwirkung nicht ausreichend ausgeübt, wurde und wird von mir hier noch einmal eindeutig zurückgewiesen.

Es wäre Aufgabe der Berater gewesen, den Zeitpunkt für eine Mitwirkung mitzuteilen, ständig der Verweis auf das formalisierte Verfahren, in dem es besondere Verhaltensweisen notwendig seien, machte ja auch klar, dass die Frage, wann man das tun könne, sich uns nicht ohne weiteres erschließt.

Entweder waren die Berater in ihrer Leistungsqualität unzulänglich, oder es hat dieses für die Stadtverordneten unerträgliche Verfahren eine lokale Unterstützung gehabt.

In diesem Fall ist die spannende Frage, ob und das ist die Frage an Sie, meine Damen und Herren von der CDU, Sie gleichermaßen Opfer dieser Verhaltensweise geworden sind, oder ob es Ihnen anders erging. Wenn es Ihnen anders ergangen ist, dann wären Sie nicht Opfer, sondern Mittäter.

Im Ausschuss erfolgte eine intensive Debatte über die Bewertung der Verträge und ihrer Inhalte. Das Fazit der SPD dazu war ganz eindeutig:

Die Verträge sind nicht daran orientiert, maximale Position für die Stadt herauszuholen. Die Formulierungen in ihnen sind im Sinne aller Einwendungen, die Konzerne vielleicht hätten machen können und man hat diese schon vorweggenommen.

Viele Regelungen sind unklar, eine Reihe von Vorschlägen zur Präzisierung ist im Ausschuss vorgebracht worden, zwischenzeitlich z. T. auch zugestanden worden und ist heute in unserem gemeinschaftlichen Änderungsantrag fixiert.

Die Qualität der Beurteilung durch die von uns bezahlten Experten ist nur schwer belastbar. Innerhalb von wenigen Tagen (zwischen dem 21. Februar und dem 08. März) ergab sich eine vollständige Veränderung der Zahlen, die zur Entscheidung führen sollten.

Wie es zu dieser veränderten Zahlensituation gekommen ist, wurde weder in unserer Ausschusssitzung dargelegt, noch in der in Neustadt, wie in der Zeitung zu lesen war und von Teilnehmern berichtet wurde.

In der Entscheidungsmatrix wird mit 54 % der finanzielle Ertrag zum alleine dominierenden Bewertungspunkt gemacht. Meine Damen und Herren, diese Festlegung ist nicht die, die wir hier miteinander getroffen hätten. Und wenn man jetzt den finanziellen Ertrag sich anschaut, muss man feststellen, dass der Vorteil für E.on nicht beim Ertragswert, sondern bei der Gewerbesteuerzahlung zu finden ist. Am 10.03.2011 (als hätten es böse Menschen bestellt) konnte man in der Zeitung lesen, dass die E.on ihren Gewinn für 2012 um 35 % senkt. Wie belastbar damit der Wert der Gewerbesteuerzahlungserwartungen ist, ist klar. Dafür können wir uns nichts kaufen, außer ein bisschen Hoffnung. Und wenn diese den entscheidenden materiellen Unterschied ausmachen und mit 800.000 EURO zu Buche schlagen sollen, dann muss man sagen, sind das 800.000 EURO, die Hoffnung sind.

Wir haben als SPD Zweifel an der dauerhaften Struktur der Geschäftsstelle in Stadtallendorf. Man muss einfach folgendes sehen: Es gibt große Veränderungen bei der E.on im derzeitigen Prozess, ihr Gebiet für das sie zuständig ist schrumpft. Allüberall in den Gemeinden, mit denen sie Konzessionsverträge abschließt, muss sie flächendeckende Zusagen von Geschäftsstellen machen und das bei zurückgehendem Geschäft. Ob wir da sicher sein können, dass unsere Betriebsstätte wie geplant bestehen bleibt, wäre uns ohne die jetzt von uns in dem Änderungsantrag vorgesehene schärfere Fixierung eine sehr zweifelhafte gewesen. Wo wir auch sagen, die Verträge sind nicht erfolgreich für uns ausgehandelt, ist der Punkt wo es heißt, dass E.on kategorisch 51 % bei der Gesellschaft als Anteil

verlangt. Das war kein Sozialdemokrat, der am 10. März in der Zeitung zitiert wurde mit der Aussage, dass in Wetter die E.on bereit gewesen sei, sich mit 49 % zufrieden zu geben. Ich habe jetzt die interessante Ausführung der E.on dazu gelesen, wie die Konstruktion über eine andere Gesellschaft gedacht wäre, nur im Endeffekt bedeutet das, dass auf jeden Fall E.on bereit gewesen wäre, an dieser Gesellschaft nicht mehr als 50 % zu haben.

Wir zweifeln, dass man hier mit dem notwendigem Nachdruck verhandelt hat. Man hätte diese Position unserer Meinung nach fest verlangen und nicht zur Disposition stellen dürfen.

Und meine Damen und Herren, auch in den anderen Punkten des Angebotes gibt es Dinge, die nicht positiv zu sehen sind. Wir haben in dem Angebot der E.on einen Kaufpreis zu zahlen für das Netz, der uns über die volle Laufzeit belasten wird und nicht nur Ertrag bringt. Wir werden nach 20 Jahren bei dem Modell mit E.on 500.000 EURO mehr Schulden noch haben als in der anderen Variante und haben aber ein Buchwert, der mit 7,1 Mio. eine Mio. höher ist als bei der OVAG. Aber meine Damen und Herren, auch in dieser Höhe muss er noch einmal erbracht werden, wenn man das Gesamteigentum anstrebt.

Der zu hoher Kaufpreis von 8,8 Mio. gegenüber den 5,4 Mio. bei der OVAG ist unserer Meinung nach fast sittenwidrig. Wir würden ihn nie zahlen, weil er völlig unangemessen ist. Hier in diesem Gesamtmodell wird er akzeptiert, weil auf den zu hohen Preis eine prozentuale Vergütung gezahlt wird. Das zahlt irgendwer, im Zweifel immer der Kunde!

Außerdem wird dieser zu hohe Wert für den Kaufpreis garantiert als Referenzwert bei anderen Stromnetzen einfließen. Damit bewirken wir flächendeckend eine zusätzliche Profitmarge für die E.on zu Lasten der Kommunen, die auch ihre Netze erwerben wollen. Moralisch ist das unserer Meinung nach nicht in Ordnung, politisch ist das nicht das, was meine Fraktion will.

Die Frage, die meine Fraktion sich gestellt hat, ist: Welche Verhaltensmöglichkeiten haben wir überhaupt noch?

Innerhalb des Verfahrens können wir nichts mehr ändern. Bewertungsmatrix und finanzielle Eckpunkte dürfen – so unsere Berater – nicht mehr verändert werden.

Von dem Ergebnis der Bewertung darf nur begründet abgewichen werden. Wie soll uns aber eine begründete Abweichung möglich sein, wenn man nicht einmal die Kenntnis aller Festlegungen hat?

Die dritte Festlegung unserer Berater: Aus dem geordneten Vergabeverfahren entsteht ein Anspruch auf Zuschlag für das wirtschaftlichste Angebot. Anderenfalls macht sich die Stadt schadenersatzpflichtig.

Damit stellt sich die Situation so dar, dass wir als Stadtverordnete jetzt eine Entscheidung zu treffen haben, die sich nur auf das ermittelte Ergebnis beziehen darf.

Das ist eine absolut missliche Situation! So hatten wir uns die Entscheidung über die Zukunft unseres Stromnetzes nicht vorgestellt.

Der beste Weg wäre: Rückversetzung des Verfahrens, die Stadtverordnetenversammlung muss dann klar legen, was für sie tatsächlich wichtig und unverzichtbar ist und auf der Basis sollten neue BAFO erstellt werden, die wir dann bewerten.

Dieser Weg erscheint aber versperrt.

Dann ist es für meine Fraktion so, dass anscheinend kein Weg an einer Entscheidung zu Gunsten von E.on vorbeigeht.

Damit wir diesen Weg mitgehen können, wollen wir sicherstellen, dass möglichst viel der für die Entscheidung wichtigen Zusagen auch in einer verbindlichen Form in den zu schließenden Verträgen festgehalten wird.

Zwischen der Ausschusssitzung und der Stadtverordnetenversammlung am 10.03. wurde von E.on die Bereitschaft dazu avisiert. Das ist erfreulich.

Damit es aber mehr als eine unverbindliche Erklärung ist, haben wir in unserem jetzt gemeinschaftlichen Änderungsantrag festgehalten, dass diese Zusagen auch in die Verträge einfließen **müssen**.

Das ist für meine Fraktion die unverzichtbare Voraussetzung für ein positives Votum.

Meine Damen und Herren, ich hätte gerne heute hier nur beglückt darüber geredet, welch wichtigen Schritt wir zu einer vernünftigen energiepolitischen Verhaltensweise der Stadt gemacht haben. Ich bin tief betrübt, dass ich mich die meiste Zeit meiner Rede mit Kritik an dem befassen musste, was uns heute vorliegt und ich bin persönlich sehr traurig darüber, dass diese einmalige Chance mir wahrscheinlich nicht noch mal gegeben sein wird, über diese Stromkonzession anders zu verhandeln und dass ich jetzt nichts anderes tun kann, als dem durch den Änderungsantrag geschlagenen Weg zur Optimierung innerhalb der unglücklichen Gesamtkonstellation zu gehen. Das ist schade, dass wir da nicht ein anderes Ergebnis miteinander erreichen konnten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“